STUDIENREIHE

Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik Nr. 35/2017

Tagungsbericht: Die Russische Revolution und ihre Wahrnehmung in Bayern, Deutschland und der Welt. würzburg, 10.7.-11.7.2017

Von Frank Jacob (City University of New York)

Während 2014 von Veranstaltungen rund um den Ersten Weltkrieg geprägt war, jähren sich mometan die Ereignisse

der Russischen Revolutionen des Jahres 1917 zum hundertsten Mal. Dabei werden oft die beiden Revolutionen selbst sowie deren Auswirkungen auf das kurze 20. Jahrhundert untersucht, um in teils oft nur repetitiven und wenig originellen Vorträgen die Bedeutung des sogenannten Epochenjahres herauszustellen. Die Würzburger Tagung, die von Prof. Dr. Frank Jacob (New York) in Zusammenarbeit mit dem Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert worden war, widmete sich deshalb explizit anderen Fragestellungen, nämlich denen, die sich mit der Wahrnehmung der revolutionären Umwälzungen in Russland auseinandersetzten.

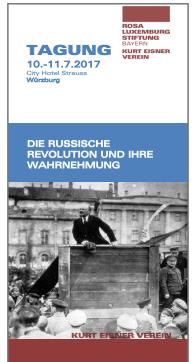
Den Anfang der Tagung bildete ein Panel, das sich mit der Rezeption der Russischen Revolutionen innerhalb der deutschen Linken beschäftigte. Riccardo ALTIERI (Potsdam/Würzburg) analysierte die Positionen der beiden KPD-Gründungsmitglieder Rosi Wolfstein (1888-1987) und Paul Frölich (1884-1953), die zunächst denen glichen, die der russischen Oktoberrevolution kritisch gegenüberstanden, jedoch gleichfalls der Auffassung waren, dass

nur die Weltrevolution die drohende Diktatur des Bolschewismus hätte abwenden können. Andreas MORGENSTERN

(Schiltach) lieferte eine weitere Perspektive auf die Ereignisse, allerdings aus Sicht der Sozialistischen Monatshefte, in



in Russland in eine Ablehnung verkehrte. Insgesamt wurde im ersten Panel deshalb gezeigt, dass die Wahrnehmung der



Inhalt:

Fagungsbericht: Die Russische Revolution und ihre Wahrnehmung in Bayern, Deutschland und der Welt. Von FRANK JACOB (City University of New York)	1
Luxemburg oder Lenin: Die unterschiedlichen Positionen Rosi Wolfsteins und Paul Frölichs zur Revolution in Russland. Von RICCARDO ALTIERI	3
Die Bolschewiki als "Hemmschuh" – der kontinentaleuropäische Traum der Sozialistischen Monatshefte. Von Andreas Morgenstern	4
Hauptsächlich das Werk von Juden". Die Wahrnehmung der Russischen Revolution durch die Apostolische Nuntiatur in München. /on CHRISTOPH VALENTIN	5
Massenmensch und Maschinenmensch – Die Oktoberrevolution und ihre Folgen aus der Sicht deutscher Bildbänder. Von Anke Napp	6

Eine russische Revolutionärin in München – Sarah Sonja Lerch (1882-1918). Von Cornelia Naumann.	8
Reflektionen der "Oktoberrevolution" 1917 im "Roten Königreich" Sachsen. Vo Sven Brajer	
Mitteleuropäische Lebenswege in der Sogwirkung der russischen Revolutionen 1917: Otto Bauer (1881-1938) und Béla Kun (1886-1938) im Dienste der Revolution. Von IBOLYA MURBER	. 1(
Zur Darstellung der Umbrüche im Russischen Reich 1917 in deutschen und österreichischen Geschichtslehrwerken . Von Andrea Brait	
1917. Revolution Zwei Sonderausstellungen im Schweizerischen Nationalmuseum und im Deutschen Historischen Museum, Berlin.	1/

Die Beiträge der Konferenz werden in erweiterter Form in einem Sammelband veröffentlicht.

Dieser kann ab sofort beim Metropol Verlag in Berlin vorbestellt werden. Daten: Herausgeber: Frank Jacob Titel: Die Wahrnehmung der Russischen Revolutionen 1917: Zwischen utopischen Träumen und erschütterter Ablehnung. Erscheint: Ende 2017. Umfang: 500-600 Seiten. Preis: 30-40 Euro Vorbestellbar via http://metropol-verlag.de/kontakt/
Zu einigen Beiträgen wurden uns für diese Ausgabe der Studienreihe Kurzfassungen / Vorschautexte zur Verfügung gestellt. Wir danken den Autorinnen und Autoren herzlich.

russischen Ereignisse innerhalb der deutschen Linken als ambivalenter und sich wandelnder Prozess verstanden werden muss. Ähnlich der Wahrnehmung der Französischen Revolution, war es der Verlauf des revolutionären Zyklus, der die Gefühlswelten zwischen Erstaunen, Freude, Ekel und Ablehnung bestimmte. Ungeachtet dessen führten die Russischen Revolutionen jedoch auch zur Genese ganz eigener Stereotype, etwa dem des "jüdischen Bolschewisten".

Diese Vermengung des Antibolschewismus mit dem Antisemitismus wurde im zweiten Panel eingehender eruiert. Carsten SCHAPKOW (Oklahoma) wies auf die zufälligen Kongruenzen zwischen Judentum und Revolution hin, die jedoch den meisten Vertretern selbst gar nicht bewusst waren bzw. nicht bewusst gelebt wurden (die meisten jüdischen Revolutionäre verstanden sich selbst nicht als Juden). Im Zuge der Konstruktion antisemitischer Verschwörungstheorien, die auf teilweise älterem Schrifttum basierten, wurde der neue Stereotyp des "jüdischen Bolschewisten" konstruiert, wobei im Zuge desselben etwa Gustav Landauer (1870-1919) vorgeworfen wurde, an dieser Weltverschwörung aktiven Anteil zu haben. Dass derlei Konstruktionen auch aus dem katholischen Umfeld Bayerns stammen konnten, belegte Christoph VALENTIN (Münster), der die Haltung der Apostolischen Nuntiaturen in Deutschland und deren Wahrnehmung der Russischen Revolutionen eingehend untersuchte. Abgeschlossen wurde der erste Tag schließlich zum einen von einem Vortrag von Anke NAPP (Hamburg), die die Verarbeitung der Russischen Revolutionen in deutschen Bildbändern der Jahre 1929 und 1932 untersuchte - "Sowjetkultur droht" und "Der Kampf der Sowjets gegen die Kirche Christi" - und dabei zeigen konnte, dass spezifisch anti-sowjetische Texte in Kombination mit einer ausgefeilten Semiotik und Bildkonstruktion genutzt wurden, um anti-sowjetische Bildwelten zu transportieren. Zum anderen rundete die Buchpräsentation "Diktatur statt Sozialismus" von Jörn SCHÜTRUMPF (Berlin) den Abend ab, bei dem der Autor und Herausgeber neue und bisher unbekannte Perspektiven auf die Wahrnehmung der Russischen Revolution durch die deutsche Linke (1917/18) präsentieren konnte.

Regionale Perspektiven auf die Wahrnehmung der Ereignisse von 1917 lieferte am zweiten Tag der Konferenz zunächst Cornelia NAUMANN (München), die sich der Rolle Sarah Sonja Lerchs während des Januarstreiks 1918 in München und ihrer den Bolschewismus ablehnenden Haltung widmete. Im Anschluss daran stellte Sven BRAJER (Dresden) die sächsischen Ereignisse des Jahres 1918/19 vor und analysierte die linken Rezeptionen des Aufstiegs der Bolschewisten innerhalb des "Roten Königreichs" Sachsen. Jule EHMS (Bochum) und Richard STOENESCU (Potsdam) schlossen das Panel mit einer zusätzlichen Betrachtung der Wahrnehmung innerhalb des deutschen Syndikalismus und Unionismus ab. wobei hier besonders der Vorwurf von deren Vertreterinnen und Vertretern, dass die Revolution schon deshalb gescheitert wäre, weil sie nicht dazu in der Lage gewesen war, den Staat per se zu überwinden, herausgearbeitet werden konnte. Die Positionen des ersten Panels wurden hier also auch jenseits der persönlichen Rezeptionsebene bestätigt, so dass für Deutschland eine Entwicklung zwischen Februar 1917 und 1919 konstatiert werden kann, im Zuge derer sich hoffnungsvolle Eurphorie und Sympathie in Enttäuschung und politische Ablehnung verwandelten.

Panel 5 sollte schließlich Perspektiven jenseits der deutschen Grenzen vermitteln, weshalb Alexander FRIEDMAN (Saarbrücken) zunächst die Rezeptionsgeschichte der Russischen Revolutionen im Großherzogtum Luxemburg vorstellte. Die Ereignisse in Russland trafen zunächst auf fruchtbaren Boden, da die Wirtschaft Luxemburgs zwischen 1919 und 1921

von vielen Streiks betroffen war und die radikalen politischen Elemente des linken Spektrums, die durch das Geschehen seit der Februarrevolution Aufwind erfuhren, 1921 schließlich die KPL gründeten. Für die Geschichte der Partei waren die russischen Ereignisse seither von immenser Bedeutung, insbesondere bei der Deutung der eigenen Geschichte. Ibolya MURBER (Budapest) stellte im Anschluss daran die Rolle der Russischen Revolutionen für die Lebensläufe des Austromarxisten Otto Bauer (1881-1938) sowie des ungarischen Kommunisten und Führers der dortigen Räterepublik, Béla Kun (1886-1938), dar, wobei sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der jeweiligen Wahrnehmung der russischen Ereignisse dezidiert herausarbeitete. Nachdem Reiner TOS-STORFF (Mainz) im Anschluss daran die Haltung der spanischen Anarchisten und Syndikalisten, die grundsätzlich, wie die der deutschen Linken, zwischen begeisterter Unterstützung und libertärer Ablehnung schwankte, vorgestellt hatte, analysierte Frank JACOB (New York) Emma Goldmans (1869-1940) Wahrnehmung der Russischen Revolutionen zwischen ihrer Abschiebung nach Russland im Jahre 1919 und 1925. Dabei durchlief die bekannte Anarchistin einen ähnlichen Prozess wie viele andere linke Intellektuelle auch, wurde jedoch zudem von der Tatsache geplagt, dass viele Vertreter des linken Spektrums in England und den USA, zu denen sie intensive Korrespondenzen unterhielt, nicht an den russischen Realitäten, die sie aus eigener Erfahrung berichten konnte, interessiert, sondern vielmehr immer noch in realitätsfernen Wunschvorstellungen und Utopien verhaftet waren.

Abgeschlossen wurde die Tagung vom sechsten Panel, das sich mit historiographischen, didaktischen und musealen Perspektiven auf die Russischen Revolutionen befasste. Vincent STREICHHAHN (Halle) untersuchte dabei die "Kontroverse Lenin-Luxemburg" im Spiegel der Forschungen in der Bundesrepublik und der DDR seit dem Ende des Russischen Bürgerkrieges und konnte Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Diskurses anschaulich darstellen. Im Anschluss daran analysierte Andrea BRAIT (INNS-BRUCK) Narrative des Revolutionsgeschehens in deutschen und österreichischen "Geschichtslehrwerken" und konnte zeigen, dass die Vermittlung der Ereignisse von 1917 selten so erfolgt, wie es dem Lehrstoff angemessen wäre. Die konzeptionelle Umsetzung bleibt oft hinter den Möglichkeiten zurück und ist dabei in vielen Fällen durchaus von fachlichen Mängeln geprägt, weshalb noch mehr Sensibilisierungsarbeit für die Bedeutung des historischen Faktors der Russischen Revolutionen erfolgen muss. Im Zuge dessen kommt dem Museum als außerschulischem Lernort besondere Bedeutung zu, und Kristiane JANEKE (Berlin) stellte zwei Ausstellungen - Landesmuseum Zürich, 24.2.2017-25.6.2017 und DHM Berlin, 20.10.2017-15.4.2018 - und deren Konzepte vor, um zu zeigen, wie die Russischen Revolutionen heute im Museum behandelt werden.

Insgesamt betrachtet kann anhand der verschiedenen Vorträge an beiden Tagen der Konferenz konstatiert werden, dass — gerade linke — Perspektiven auf die Russische Revolution sehr ambivalent ausfallen und die Ereignisse des Jahres 1917 zu durchaus heftigen Diskussionen und Kontroversen geführt haben, die sich bis heute, gerade im Hinblick auf die Auswirkungen derselben auf das kurze 20. Jahrhundert, das Zeitalter der Extreme, fortsetzen. Das Jahr 2017 wird hoffentlich die Diskussionen um 1917 neu entfachen, wobei nicht nur die Revolutionen per se, sondern auch ihre Pervertierungen in einer diktatorischen Herrschaft des Bolschewismus, die gerade vom linken politischen Spektrum kritisiert wurde, im Zentrum der Untersuchungen, und das aus möglichst globaler Perspektive, stehen sollten.

Luxemburg oder Lenin: Die unterschiedlichen Positionen Rosi Wolfsteins und Paul Frölichs zur Revolution in Russland Von Riccardo Altieri

Ehe mit einer Einordnung der politischen Positionierungen Rosi Wolfsteins (1888-1987) und Paul Frölichs (1884-1953) im Hinblick auf die Russischen Revolutionen 1917 begonnen werden kann, bedarf es einer kurzbiographischen Vorstellung, um wen es sich hierbei überhaupt handelt. Anschließend ist es notwendig, die Beziehungen des späteren Ehepaars zu ihrer alten Freundin Rosa Luxemburg (1871-1919) und zum Führer der russischen Bolschewiki, Wladimir I. Lenin (1870-1924), zu skizzieren. Abschließend erfolgt nochmals ein kurzbiographischer Abriss, diesmal jedoch über das Leben der beiden ProtagonistInnen nach 1917. Im Fokus des Beitrages liegt jedoch die Frage danach, wo sich zwischen Wolfstein, Frölich, Luxemburg und Lenin Reibungspunkte und Meinungsdiskrepanzen im Bezug auf die Russische Oktoberrevolution von 1917 aufzeigen lassen.

Rosi Wolfstein wurde am 27. Mai 1888 in Witten geboren. Ihre Eltern waren Samuel und Klara Wolfstein, geb. Adler. Rosi hatte einen älteren Bruder Paul, eine ältere Schwester Wilhelmine Gisela und eine jüngere Schwester Bertha. Die sechsköpfige Familie lebte seit Ende des 19. Jahrhunderts in einem eigenen Haus in der Nordstraße 12 in Witten. Wolfsteins waren fromm und gläubig (Rosis Vater kandidierte beispielsweise einmal für den synagogalen Gemeindevorstand, allerdings erfolglos), aber auch patriotisch und kaisertreu. So starb der Bruder Paul 1914 an einer der Weltkriegsfronten. Die beiden (bürgerlich sozialisierten) Schwestern wurden zwischen 1942 und 1945 von den Nationalsozialisten in Auschwitz bzw. im Ghetto von Warschau ermordet.

Nachdem Rosi Wolfstein 1905 frühzeitig ihre Ausbildung zur Kauffrau beenden konnte, fand sie in einer Möbelmanufaktur in Hagen ihren ersten Arbeitsplatz. Dort kündigte sie jedoch, als sie einen Streit zwischen dem gewinnorientierten Chef und den Arbeitern belauschte, bei dem diese - freilich erfolglos – um ein paar Pfennig mehr Wochenlohn baten. Anschließend arbeitete sie als Haushälterin und Kindermädchen, trat 1907 dem Frauen- und Arbeiterbildungsverein in Hagen und ein Jahr später der SPD bei. 1910 lernte sie Rosa Luxemburg kennen, die beiden wurden Freundinnen. Zwei Jahre später bestritten beide Frauen den Abschlusswahlkampf in der Reichshauptstadt und halfen beim Erzielen des fulminanten Wahlergebnisses von 34,8 %. Sie selbst durften aber, wie alle Frauen, noch nicht wählen oder gewählt werden. 1914 begann mit Beginn des Ersten Weltkrieges ein Sozialisierungsprozess, bei dem Rosi Wolfstein sukzessive nach links rückte. Von SPD über Spartakusbund zur USPD war ihr Weg gezeichnet von insgesamt drei mehrmonatigen Verhaftungen während des Krieges. 1918/19 war sie Gründungsmitglied der KPD.

Ihr späterer Freund und Lebensgefährte Paul Frölich hingegen wuchs unter gänzlich anderen Umständen auf. Seine Eltern, Minna, geb. Munkwitz, und Max Albin Frölich, hatten neben dem am 7. August 1884 geborenen Sohn (Max) Paul noch zehn weitere Mäuler zu stopfen. Als Fabrikarbeiterin und Schlosser standen sie - zumal in einer der Arbeiterhochburgen des Reiches - der SPD schon seit frühen Jahren nahe, waren später auch Parteimitglieder. Paul musste bereits als Schuljunge Zeitungen austragen, um das Einkommen der Familie zu verbessern. Nach dem Wähler war er für die Leipziger Volkszeitung zuständig, bei der er nach der Ausbildung zum Kaufmann auch als Redakteur arbeitete. Hier lernte er Rosa Luxemburg kennen. Nach dem Wehrdienst 1906/07, der Heirat mit Clara, geb. Hartung, und der Geburt der drei Söhne Wolfgang, Hans und Carl folgte der Umzug nach Altona und Bremen, wo er für sozialdemokratische Zeitungen tätig war. 1914 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen und blieb zunächst bis 1916 im Feld. Nach einer Verletzung wurde er für einige Monate freigestellt und gründete in Bremen die linksradikale Zeitung Arbeiterpolitik, gemeinsam mit seinem damals besten Freund Johann Knief (1880-1919). Zu Ostern war er als Vertreter der Bremer Linken in Kiental, wo er erstmals auf Lenin traf. Zurück im Feld, konkret an der Ostfront, wo er als Bibliothekar im Range eines Unteroffiziers etwa 20 Kilometer hinter der Front eingesetzt war, konnte er nach und nach ein Netzwerk kritischer bis sozialistisch gesinnter Kameraden um sich versammeln, mit denen gemeinsam er gegen den Krieg und seiner Hintermänner agitierte. "Im Ganzen war der Boden für kriegsfeindliche Propaganda nicht ungünstig."

Während der Februarrevolution 1917 erfuhr er im Feld vom Sturz des russischen Zaren. Seine Gedankengänge, die er in seiner Autobiographie festgehalten hat, sind ebenso gefährlich wie nachvollziehbar: "Ich wollte zu den Russen übergehen in der Hoffnung, an der Revolution teilnehmen zu können. Eifrig studierte ich die Karte. Aber die Sache war schwierig. Zum Übergang kam nur die Landenge zwischen dem Naratsch- und dem Mjassa-See in Frage [gemeint ist wohl der Miadziel-See]. Wie es dort aussah, wußte ich nicht, und bis dahin waren [es] nur gut 15 Kilometer. [Doch] ehe ich [mir] über die Situation klar geworden war, bekam ich den Befehl, nach der Garnison Rendsburg abzudampfen. Das war Ende März 1917." Im Folgenden versetzte man Frölich alle sechs Wochen zur Prävention in eine neue Einheit, damit er nicht mehr agitieren konnte. Ende des Krieges wurde er während des Matrosenaufstandes aus einem Kieler Gefängnis befreit. Zum Jahresende 1918 konnte er schließlich am Gründungsparteitag der KPD teilnehmen. Rosi Wolfstein war dort als Schriftführerin Teil des Tagungspräsidiums und hatte Gelegenheit, in ihrem einzigen Redebeitrag zur Oktoberrevolution zu sprechen. Im Kontext einer Diskussion über die Nationalversammlung, der sie kritisch gegenüberstand, wodurch sie mit Rosa Luxemburg nicht einer Meinung war, trug sie vor: "Daß auf unsere Vertreter so wenige Stimmen fallen, ist nicht gleichbedeutend damit, daß wir so wenige Anhänger haben. Die Enttäuschung darüber, was den russischen Genossen durch eine Nationalversammlung gebracht wurde, und über die Wertlosigkeit eines Parlaments ist bei den aufgeklärten Arbeitern so groß, daß wir sie zu den Wahlarbeiten nicht bekommen können." Und auch Paul Frölich stellte sich mit einem Redebeitrag weit links von seiner alten Freundin Luxemburg auf, um seinem Vorbild Lenin aus der Ferne zur Seite zu stehen: "Genossen, gegen diese Fassung [des verabschiedeten Parteiprogrammes] habe ich Schwerwiegendes einzuwenden. Zunächst bedeutet diese Fassung eine scharfe Kritik an der Taktik der Bolschewiki, die ganz offen erklärt haben: jawohl, wir müssen zum Terror greifen. Nun, Genossen, das kann uns natürlich nicht abhalten, unsre Wege zu gehen, wenn die Bolschewiki andre Wege gegangen sind. [...] Genossen, wenn Ihr Euch den ungeheuer scharfen Bürgerkrieg klarmacht, der da drüben geführt wird, dann werdet Ihr Euch auch klar werden, daß er mit allen Mitteln geführt werden muß, die zu Gebote stehen; und dazu gehören auch die Mittel des Terrors. [...] Genossen, das ist der Terror, den wir durchführen müssen, solange wir nicht zu noch schärferen Mitteln gezwungen werden."

Als Rosi Wolfstein im Juli 1920 während des Zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Komintern) auf Lenin traf, konfrontierte sie ihn mit ihrer Kritik an









Rosi Wolfstein ca. 1921 © Sta Witten, Rosa Luxemburg © rosaluxemburgblog, Paul Frölich 1929 © August Sander, Wladimir I. Lenin © A&E Television Networks

dem der Revolution nachgelagerten Einmarsch der Roten Armee in Polen. Und Lenin antwortete ihr: "Wir haben das unternommen, weil wir versuchen wollten, [...] die revolutionären Kräfte zu unterstützen", woraufhin Wolfstein entgeg-

nete, "aber Politik mit den bewaffneten Kräften zu unterstützen, halte ich nicht für gut, halte ich nicht für richtig." Lenin entgegnete: "Man muß zuweilen versuchen, mit dem Bajonett zu untersuchen, wie reif eine Situation ist." Wolfstein, die in diesem Moment gerne Robespierre zitiert hätte, antwortete stattdessen zaghaft, dass sie nicht gutheißen könnte, "wenn man mit dem Messer an sie [die Situation] herangeht". Doch Lenin ließ sich nicht von ihr beeindrucken.

So stand also Rosi Wolfstein im Kontext der Russischen Revolution (zumeist) hinter Rosa Luxemburg und gegen Lenin, bei Paul Frölich verhielt es sich genau umgekehrt. Das trieb jedoch keinen Keil zwischen das spätere Ehepaar und ihre Freundin oder den russischen Genossen. Einige Zeit nach der Ermordung Rosa Luxemburgs 1919 erhielt Frölich den Auftrag vom ZK der KPD, ihre Werke zu edieren. Ab 1924 erschienen sie, herausgegeben von Frölich, im Stillen korrigiert von Rosi Wolfstein, die als Lektorin beim Malik-Verlag tätig war. 1939, also zu Rosa Luxemburgs 20. Todestag, erschien

schließlich auch Frölichs Luxemburg-Biographie "Gedanke und Tat". Frölich war noch einige Jahre nach dem Tod Lenins ein glühender Verfechter des einstigen Parteiführers.

Frölich und Wolfstein, die 1933 der Beteiligung am Reichstagsbrand beschuldigt wurden, obwohl sie zwischenzeitlich der SAP angehörten, waren nach der Machtübernahme der

Nationalsozialisten zur Emigration gezwungen. Während Rosi Wolfstein erfolgreich nach Brüssel emigrieren konnte, wurde Paul Frölich auf der Flucht nach Norwegen verhaftet und für mehrere Monate in einem Gefängnis in Kiel festge-

> halten. Im Sommer 1933 verbrachte man ihn in das KZ Lichtenburg, das er im Zuge der sog. "Weihnachtsamnestie" im Dezember desselben Jahres wieder verlassen konnte. Einige Monate im Prager Exil folgten, ehe er nach Paris gelangte. Dort konnte er Rosi Wolfstein erst 1936 wieder in seiner Nähe wissen, da ihr zuvor die Einreise nach Frankreich verweigert wurde. Beide arbeiteten nun in der Auslandsleitung der SAP an der ideologischen Bekämpfung des Nationalsozialismus, wurden 1939 jedoch als "feindliche Ausländer" inhaftiert und konnten erst 1941 - gerade noch rechtzeitig vor den Nazis über Portugal nach New York flüchten. Dort gelang es Paul Frölich endlich, seine umfassende Monographie über die Französische Revolution fertigzustellen. Zweimal hatte man ihm die Publikation bereits verwehrt, einmal 1933 in Berlin, dann noch einmal 1939 in Paris. Beide Male wurde die Wohnung des Paares von der Gestapo durchsucht, die fast fertigen Manuskripte zerstört. Rosi Wolfstein kümmerte sich bis 1945 als Mitarbeiterin beim Jewish Labour Committee und danach als Haushaltsgehilfin um das nötige

Einkommen für die Wohnung in Kew Gardens, die sich Frölichs (seit 1948 waren sie verheiratet) mit dem Ehepaar Laub teilten, zu besorgen. 1950 kehrten sie schließlich zurück nach Deutschland. Zuletzt gehörten sie in Frankfurt a. M. beide der SPD an. Paul Frölich starb 1953, Rosi Frölich 1987, kurz vor ihrem 100. Geburtstag.

Literaturbox (Auszug): Paul Frölich, Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890-1921, hrsg. v. Reiner Tosstorff, Berlin 2013; Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a. M., Sammlungen S 2 Personen, Signatur: S 2/11.889 Frölich, Rosi, darin: Frauenfunk, Sendung vom 27. Mai 1978, 12:00 Uhr, 2. Programm. Redaktion: Helga Dierichs. "Ich stritt mit Lenin". Lebenserinnerungen von Rosi Frölich, Hessischer Rundfunk, Frankfurt a. M.; Sie wollte und konnte nie etwas Halbes tun. Die Sozialistin Rosi Wolfstein-Frölich 1914 bis 1924, hrsg. v. d. Rosi-Wolfstein-Gesellschaft Witten, bearb, v. Frank Ahland & Beate Brunner, Witten 1995: Hermann Weber. Die Gründung der KPD, Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der KPD 1918/1919. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED, Berlin 1993.

Die Bolschewiki als "Hemmschuh" – der kontinentaleuropäische Traum der Sozialistischen Monatshefte Von Andreas Morgenstern

Worin sollte der erfolgreiche Abschluss des Ersten Weltkriegs liegen? Für die Sozialistischen Monatshefte bestand - natürlich jenseits eines Endes des schrecklichen gegenseitigen Tötens - das einzige denkbare Ergebnis in einem vereinten europäischen Kontinent, der nicht nur weitere militärische Auseinandersetzungen vermeiden sollte, sondern Gerechtigkeit und Wohlfahrt für alle seine Bürger zu garantieren hatte. Einführend einige Worte über die Sozialistischen Monatshefte. Ihre Redakteure wendeten sich seit den 1890er-Jahren vor allem an akademisch gebildete bürgerliche Leser. So zielte die Zeitschrift auf ein Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und progressiven Bürgerlichen, um gemeinsam der Demokratie im Kaiserreich auf reformistischem Weg zum Durchbruch zu verhelfen. Die Monatshefte gehörten damit zu den Revisionisten in der SPD. Eine Anerkennung als offizielles Theorieorgan der Partei neben der Neuen Zeit gelang der von Joseph Bloch herausgegebenen Zeitschrift jedoch zu keiner Zeit. Dennoch verstand sie sich als Diskussionen anregender "Stachel im Fleisch" der Sozialdemokratie, die Meinungsvielfalt in Partei wie in den Monatsheften selbst einforderte. Letzteres gelang im Ersten Weltkrieg aufgrund des Verlusts wichtiger Mitarbeiter, insbesondere beendete Eduard Bernstein 1914 seine Mitarbeit, zunehmend weniger. Die Sozialistischen Monatshefte verloren somit auch im innerparteilichen Diskurs an Relevanz.

Im Zeitalter der Nationalstaaten war die im Prinzip überstaatliche Vision eines kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses der Sozialistischen Monatshefte auf eine nationale, ja imperiale Grundlage gestellt. Den Schlüssel für die Gestaltung dieses Traums sahen die Redakteure Ludwig Quessel, Max Schippel und Max Cohn, alles prominente SPD-Mitglieder des rechten Flügels, in einer deutsch-russischen Allianz. Prag-

matismus und ein unverhohlener Hass auf Großbritannien anstelle der Bestimmung gemeinsamer Werte bestimmten dabei die erhoffte Gemeinschaft. Max Cohen ließ daran keinen Zweifel, wenn er 1917 forderte: "Optierte Deutschland für die Verständigung mit dem Osten, so fände es alles das frei, was es als Weltmacht und Weltvolk [sic!] brauchte."

Das Ende des auch in den Sozialistischen Monatsheften bekämpften Zarentums im Februar 1917 eröffnete dann erstmals konkrete Perspektiven einer Umsetzung dieser Kriegsfronten überschreitenden Zusammenarbeit. Mit der stürmisch begrüßten Februarrevolution beschritt Russland den Weg der Demokratisierung. Doch die neue Regierung schloss keinen Frieden mit dem Deutschen Reich - der Traum einer kontinentaleuropäischen Allianz blieb zunächst unerfüllt. Für die Sozialistischen Monatshefte waren die Gründe eindeutig: Der härteste Gegner Großbritannien hatte Russland unter Druck gesetzt, und gleichzeitig verweigerte die deutsche Reichsleitung der ohnehin durch innenpolitische Kämpfe geschwächten Petrograder Regierung einen Verständigungsfrieden. Die Sozialistischen Monatshefte versprachen dennoch, sich weiter für eine deutsch-russische Allianz einzusetzen, auch bei aller Sympathie für das demokratische Staatswesen unabhängig davon, welche Regierungsform sich letztlich tatsächlich in den Wirren 1917 in Russland durchsetzen würde.

Mit der Machtübernahme der Bolschewiki stand dieses Versprechen im Raum. Nachdem die Redakteure ebenso wie andere Medien unter den lange ausbleibenden oder unklaren Meldungen aus Russland litten, war erst im Januar 1918 die einleitende Auseinandersetzung mit dem neuen Regime zu lesen. Ludwig Quessel vermochte zwar durchaus das "ganz Neue, in der Geschichte noch nie Dagewesene" und einen "ausgesprochen sozialistischen Charakter" der entstehenden Ordnung lobend hervorzuheben, zugleich konnte für ihn "die zurzeit bestehende bolschewistische Diktatur nur ein vorübergehender Zustand sein, der bald durch ein geordnetes demokratisches Regime" ersetzt werden würde. Alles zusammen somit ein ambivalentes Urteil über die Regierung Lenins. Die SPD war bereits so weit in das Kaiserreich hineingewachsen, dass Schritte zum Sozialismus allein durch eine konsequente Demokratisierung denkbar waren, während der Umsturz zu Bürgerkrieg, zu Verfall und Chaos - wie eben unter den Bolschewiki – führen musste.

Bereits nach kurzer Zeit wandelte sich die Position der Sozialistischen Monatshefte von einer abwartenden Distanzierung hin zu offener Ablehnung. Reformismus und Kooperation mit Bürgerlichen sowie der revolutionäre Umsturz Lenins waren nicht miteinander vereinbar. Die Bolschewiki hätten, so der Vorwurf, Russland ins Chaos gestürzt. Letztlich schrieben die Redakteure ihnen auch die Schuld für die harten Friedensbedingungen von Brest-Litowsk zu. Erneut Quessel: "Die bolschewistische Politik hat das Riesenreich vorübergehend in einen Zustand militärischer und wirtschaftlicher Hilflosigkeit gebracht, so daß ihm nichts anderes übrig blieb als die Bedingungen anzunehmen, die ihm von seinem Kriegsgegner dik-

tiert wurden." Dabei kritisierten die Sozialistischen Monatshefte den Siegfrieden des Kaiserreichs vor allem deshalb, weil er eine deutsch-russische Annäherung erschwerte, anstatt durch eine Verständigung Grundlagen für eine Allianz als Basis des kontinentalen Blocks zu schaffen.

Grundlegend geriet die Zusammenarbeit aber durch das drohende Auseinanderfallen Russlands in Gefahr. Aus einer möglichen Bedrohung nach der Februarrevolution war dank des "Dekretdoktrinarismus" der Bolschewiki und ihrer Unterschrift unter den Friedensvertrag 1918 eine akute Gefahr geworden. Kleine, neue Nationalstaaten zwischen Finnland und der Ukraine, abwertend "Randstaaten" genannt, würden dann für ihr wirtschaftliches Überleben gezwungen sein, sich gegenüber dem britischen Weltimperium willfährig zu verhalten. Hatten die Monatshefte die Verantwortung hierfür zunächst nationalen Egoismen zugeschrieben – auch die sozialistischen Bewegungen der bisher unter russischer Herrschaft lebenden Völker durften in den Monatsheften nicht mit Solidarität rechnen – warfen sie dann im Verlauf des Jahres 1918 den Bolschewiki vor, mit ihrer Gewaltpolitik das Zerbrechen Russlands in Kauf zu nehmen. In der zweiten Jahreshälfte 1918 war dann endgültig für die Sozialistischen Monatshefte eine Zusammenarbeit mit den Bolschewiki ausgeschlossen.

Die deutsche Revolution des November 1918 ließ schließlich die Vorstellung der Umwandlung des Deutschen Reichs in eine parlamentarisch regierte demokratische Republik wahr werden. Ihrer reformistischen Orientierung entsprechend verteidigten die Monatshefte die revolutionären Errungenschaften für die Arbeiterschaft, lehnten aber bereits im November weitergehende Schritte hin zu einer Räteherrschaft ab. Die Bolschewiki und die als ihre Anhänger in Deutschland angesehene äußerste Linke (u.a. Spartakus) verurteilten die Monatshefte als Feinde dieser neuen Ordnung. Die Partei Lenins, die während des Kriegs als Hemmschuh einer Allianz angesehen wurde, wandelte sich nun, da nach der Kriegsniederlage eine weltweite angloamerikanische Dominanz als unweigerlich angesehen wurde, zum Schreckgespenst für die neue freiheitliche Gesellschaft in Deutschland. Entsprechend tauchten in den Monatsheften 1919 vernichtende Urteile über die Menschenrechtslage in Russland auf.

Der Traum einer kontinentaleuropäischen Allianz mit seinen beiden Trägern Deutschland und Russland war spätestens mit Kriegsende 1918 vorbei. Einerseits hatte der Erste Weltkrieg eine dominierende Stellung der angloamerikanischen Mächte erbracht, andererseits galten die Bolschewiki als untauglicher Partner. Die Redakteure der Sozialistischen Monatshefte wendeten in diesen Tagen ihren Blick nach Westen. Für eine Verständigung mit Frankreich waren sie zu weitreichenden Zugeständnissen, wie der weitgehenden Akzeptanz des Verlusts von Elsass-Lothringen, bereit. Das Ideal einer kontinentaleuropäischen Verständigung lebte in den Monatsheften so fort. Eine Kooperation mit den bolschewistischen Diktatoren lehnten die Monatshefte dagegen zeit ihres Erscheinens bis 1933 vehement ab.

"Hauptsächlich das Werk von Juden" – Die Wahrnehmung der Russischen Revolution durch die Apostolische Nuntiatur in München

Von Christoph Valentin

"Die Chefs aller Ministerien sind Juden. Nur weniger wichtige Posten sind mit intelligenten und gutwilligen Arbeitern besetzt. Diesen Arbeitern sind jedoch junge jüdische Mädchen zur Seite gestellt, die sie beherrschen und sie dazu bewegen, im Sinne der Regierung zu arbeiten. Die Freundin eines Ministers hat einem Geheimagenten gesagt, dass die Russische Revolution hauptsächlich das Werk von Juden ist und dass sie auf der Idee einer jüdischen Weltregierung beruht." Diese Einschätzung der Entwicklungen in Russland "aus glaubwürdiger Quelle" sandte Lorenzo Schioppa, der stellvertretende Leiter der Münchener Nuntiatur, also der diplomatischen Vertretung des Heiligen Stuhles in Deutschland, im April 1918 an seine Vorgesetzten in Rom.

Aus dem Zitat spricht die Furcht vor der Revolution im Allgemeinen und vor dem Kommunismus im Besonderen. Diese Ängste prägten die Politik des Heiligen Stuhls im 20. Jahrhundert wie kaum ein anderer Faktor. Wie Schioppas Ausführungen zeigen, beruhten sie nicht nur auf einem realen Konflikt zwischen der katholischen Kirche und der religionsfeindlichen Politik der Bolschewiki, sondern wiesen auch ein ideologisches, ja antisemitisches Element auf.

Bis 1920 war die Münchener Nuntiatur die einzige diplomatische Vertretung des Vatikans in Deutschland. Erst dann wurde schrittweise eine Nuntiatur in Berlin errichtet. Der Chef der beiden Nuntiaturen war nicht irgendwer: Von 1917 bis 1929 amtierte Eugenio Pacelli als Apostolischer Nuntius in Deutschland. Dieser ist besser bekannt als der spätere Papst Pius XII. (1939-1958). Die "Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte von Eugenio Pacelli (1917-1929)" (www. pacelli-edition.de) ermöglicht es nicht nur, zu rekonstruieren, wie einer der wichtigsten Beobachtungsposten des Heiligen Stuhls für das östliche Europa über die Vorgänge in Russland berichtet. Sie gewährt auch Einblicke in die politische und persönliche Entwicklung Pius' XII., dem vorgeworfen wird, im Nationalsozialismus ein Bollwerk gegen den Bolschewismus gesehen und zur Shoah geschwiegen zu haben.

Pacelli trat sein Amt in München im Mai 1917 an, also fast drei Monate nach dem Ausbruch der Februarrevolution in Russland. Zwei Wochen später berichtete der Nuntius "aus verschiedenen glaubwürdigen Quellen": "Um mit Russland zu beginnen, herrscht dort […] die vollkommenste Anarchie. Jedes Gouvernement, jeder Bezirk, jede Gemeinde macht das, was ihr gefällt: Eine Zentralregierung, die das Land lenkt, gibt es nicht."

Insgesamt gelangten in den Jahren 1917 und 1918 nur wenige gesicherte Informationen über die revolutionären Vorgänge in Russland an die römische Kurie. Aus den Berichten über die Februarrevolution ergab sich nur ein vages Bild politischer Instabilität. Nach dem Beginn der Oktoberrevolution dominierten bald Schreckensnachrichten, die angereichert mit ungesicherten Informationen zur religionspolitischen Agenda der Bolschewiki und teilweise gespickt mit antisemitischen Stereotypen waren. Weitaus entscheidender für die Bewertung der Bolschewiki und der Revolution durch Pacelli wurden die revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich seit Ende 1918.

Pacelli erlebte die Novemberevolution in Bayern hautnah. Vieles, was er über die Untaten der "Bolschewisten" gehört hatte, schien sich in München zu konkretisieren. In einer ersten Analyse der Ursachen der Revolution am 15. November nannte er neben den Entbehrungen des Krieges einen weiteren Grund für ihren Ausbruch: "Diesen psychologischen Bedingungen muss man das Beispiel Russlands und die sozialistische Propaganda im Heer hinzufügen. Diese kann man als die entfernten Ursachen der Revolution bezeichnen. Es war eine Fehlkalkulation, zu glauben, dass die Exzesse, zu denen die Russische Revolution entartete, ein heilsames Exempel für die Revolutionäre der anderen Länder wären. Jene Ereignisse, die für die Männer der Ordnung Blutbäder, Raub und Massaker waren, waren für die Männer, die von der Revolution träumten und auf sie hinarbeiteten, solche, die sie ermutigten und zur Verwirklichung ihrer finsteren Ideale antrieben."

Vor allem die Köpfe der Revolution wie Kurt Eisner erregten den Widerwillen des Nuntius. Diesen charakterisierte er im Dezember 1918 wenig schmeichelhaft: "Atheist, radikaler Sozialist, unversöhnlicher Propagandist, enger Freund der russischen Nihilisten, Haupt aller revolutionären Bewegungen Münchens, ich weiß nicht wie oft wegen politischer Delikte inhaftiert und obendrein galizischer Jude ist Kurt Eisner das Banner, das Programm, die Seele der Revolution, die in Bavern losgebrochen ist und die das religiöse, politische und gesellschaftliche Leben bedroht." Als während der anschließenden Münchener Räterepublik trotz der zugesicherten Immunität das Automobil der Nuntiatur von der Roten Armee unter Androhung von Gewalt beschlagnahmt wurde, wünschte sich Pacelli nur noch die "Befreiung der Hauptstadt Bayerns von der äußerst harten russisch-jüdisch-revolutionären Tvrannei".

Inwieweit diese Erfahrung die Politik des Vatikans gegenüber dem sogenannten Dritten Reich gerade während des Pontifikats Pius' XII. beeinflusste, wird nach wie vor heiß diskutiert. Insbesondere wird die Frage aufgeworfen, ob der Vatikan im Nationalsozialismus das kleinere Übel sah, mit dem er gegen das größere Übel, den Kommunismus, gemeinsame Sache machen wollte. Fest steht jedenfalls, dass Pacellis und Schioppas Nuntiaturberichte nicht nur den Konflikt zwischen römisch-katholischer Kirche und sowjetischem Kommunismus reflektierten, sondern auch mit ideologisch übersteigerten Vorstellungen über die Greuel der "Bolschewisten" durchsetzt waren. Dieses Schreckensbild wurde immer wieder mit antisemitischen Stereotypen angereichert. Da diese Berichte in der römischen Zentrale keinen Widerspruch erregten, kann angenommen werden, dass sie sich im kurialen mainstream bewegten.

Massenmensch und Maschinenmensch – Die Oktoberrevolution und ihre Folgen aus der Sicht deutscher Bildbänder von Anke Napp

Fotografie und Film gehörten seit der Oktoberrevolution sowohl in der deutschen linksgerichteten und der konservativchristlichen Publizistik, als auch in Sowjetrussland selbst zum
zentralen Propagandamittel. In den Propagandakrieg waren
auch Bildbänder integriert. Dabei handelt es sich um auf
Filmstreifen belichtete Positivbilder (=ungeschnittene Dias),
die mit speziellen Projektoren vorgeführt werden konnten. In
der ausgehenden Weimarer Republik boten zahlreiche Verlage in staatlicher¹, kirchlicher², parteilicher³ oder privater⁴
Trägerschaft Bildbänder und zugehörige Vortragstexte zum
Verleih und Verkauf an. Im Deutschen Bildbandarchiv (www.
deutsches-bildbandarchiv.de) befindet sich eine 250 Filmstreifen und Vortragstexte umfassende Sammlung diverser

Verlage aus den Jahren 1915 bis 1945, die der "Fürsorgeabteilung" der Marine in Wilhelmshaven, bzw. dem Evangelischen Militärpfarrer des dortigen Marinepfarramtes gehörten. Sie dienten zur politischen und religiösen Bildung der Soldaten und ihrer Angehörigen. Darunter sind auch Materialien, die sich mit der Oktoberrevolution und ihren tatsächlichen wie befürchteten Folgeereignissen befassen.

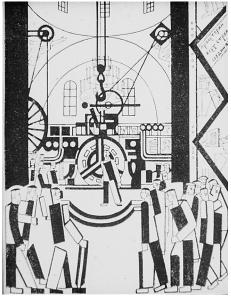
Das Bildband "Sowjetkultur droht!" und der zugehörige Vortragstext wurden von der katholischen "Vereinigung für praktische soziale Arbeit in Breslau" 1932 herausgegeben. Es versteht sich offensichtlich als direkte Antwort auf das 1931 erschienene Fotobuch "Der Staat ohne Arbeitslose" von Ernst Glaeser und F. C. Weiskopf, das die Errungenschaften des ersten sowjetischen Fünfjahresplans als Alternative zur westlichen Wirtschaftskrise propagierte. Adressaten des Bildbandes waren wohl Arbeiter und Landbevölkerung, die durch den "Staat" beeindruckt worden waren und die vor dem hinter den sowjetischen Fotografien fröhlicher Schaffenskraft liegenden Zerstörungspotential der "Sowjetkultur" gewarnt werden sollten. Diese Zielsetzung erfüllt das Bildband durch die Verwendung eben dieser Fotografien aus dem "Staat",

die jedoch durch den zugehörigen Text im Sinne christlich-konservativer Weltanschauung "entlarvt" werden. Insbesondere die staatliche Kindererziehung und die Gleichberechtigung der Frau sind dem Bildband "Sowjetkultur droht!" ein kritikwürdiges großes Übel. Die aus dem "Staat" entnommenen Fotografien von Kinderbetten in der fabrikeigenen Betreuungsstelle und Müttern mit ihren Kindern werden entwertet, indem auf die "frühe Trennung der liebenden Mutter von ihren Kindern" verwiesen wird, die "anstrengende Fabrikarbeit" leisten muss und ihre Sprösslinge nur noch kurz in der Pause oder am Abend sehen darf. Ziel dieser Trennung sei die "Erstickung der Mutterliebe" und letztlich die Reduzierung des Menschen auf einen Apparat. in diesem Falle eine Gebär- und Milchmaschine. "Gewiss sehen wir auf diesem Bild drei lachende Kindergesichter", sagt der Beitext zur Fotografie einiger Schuljungen. "Man schaue aber einmal recht in die Züge dieser Kinder. Welch ein Ernst in ihrem Ausdruck! Man sieht es ihnen an, dass sie noch nicht allzu lange vom Elternhaus entfernt sind. Es wird aber die Zeit kommen, in der die Züge der Unverdorbenheit einem anderen Ausdruck weichen werden, wo die Kinder unter den Einflüssen der neuen Erziehung zu klassenbewussten Pionieren heranwachsen werden."5 Auf weiteren Bildern sind Frauen an ihrem Arbeitsplatz zu sehen. Auch diese Fotografien befinden sich in "Staat ohne Arbeitslose"6, wo sie laut Bildunterschrift stellvertretend für den wirtschaftlich-technischen Aufschwung und die Gleichberechtigung der Geschlechter im jungen Sowjetstaat stehen. Gerade das Foto einer Traktoristin vermittelt ganz und gar nicht den Eindruck, dass die "Frau mit Gewalt aus der Familie gerissen und in das Erwerbsleben hineingetrieben" wird – dennoch behauptet der Beitext des Bildbandes genau dies. Man dürfe sich durch solche Bilder nicht täuschen lassen, wird der Zuschauer/Zuhörer gewarnt. Denn das Lachen der Frau drücke lediglich ihre "große ungestillte Sehnsucht nach Häuslichkeit und Familie" aus, wie auch "jede Frau weiß".7 (Abb.

1) Ziel dieser Zerstörung der traditionellen Familienstruktur sei die Schaffung eines lenkbaren "Massenmenschen", der wie ein Rädchen in einer Maschine funktioniert, der "seelenlos" geworden ist durch die Trennung seiner Verbindung zur Religion, ein nicht länger als Mensch zu bezeichnender Roboter. Und ganz besonders die Frau nütze der Staat in bos-

hafter Weise aus: Ihre "größere Duldsamkeit" sei nämlich der Grund, dass die Sowjets auch Frauen in leitende Positionen befördern – denn somit erhielten sie ein leichter zu nutzendes Werkzeug. Mittel wie auch befürchtetes Ergebnis dieser Politik bringt das Titelbild von "Sowjetkultur droht" eindringlich zum Ausdruck: zerstörte Kirchen, ermordete Menschen und in ihrer Mitte angesichts der sie umzüngelnden Flammen hilflos scheinende Beter.







Das Bildband "Der Kampf der Sowjets gegen die Kirche Christi" von der evangelisch-lutherisch geprägten Filmosto GmbH wurde bereits 1929 abgefasst, erfuhr aber, wie im Einleitungstext zu lesen, nach Beginn des deutschen Russlandfeldzuges eine Neuauflage um "der evangelischen Gemeinde in Wort und Bild den fanatischen Gotteshass vor Augen zu führen, mit dem die roten Machthaber des Kreml eine ,neue Menschheitskultur' [...] schaffen wollen". Mit beabsichtigt war auch die Rechtfertigung der Entwicklung des Kampfes mit Mitteln der Aufklärung und des Gebets zu einem Krieg, in dem Hitler gegen die "jüdisch-bolschewistischen Unruhestifter" das "Schwert der Vergeltung" gezogen hatte.9 Bild- und Textgrundlagen bieten diesmal die sowjetische "Gottlosenzeitschrift" und René Fülöp Millers 1926 erschienenes "Geist und Gesicht des Bolschewismus" - anders als in "Sowjetkultur droht!" also anti-sowjetisches Material. Das Endprodukt des mechanisierten, von Gott befreiten materialisierten "Massenmenschen" ohne Religion und eigene Familie zeigen bereits die ersten Bilder. Die mit den Titeln "Die Welt des Massenmenschen" und "Die Maschinenanbeter" versehenen konstruktivistischen Grafiken stammen von Wladimir Krinski. Hier ist die Kirche zu einer Fabrikhalle umfunktioniert, der Altar ist eine Maschine, vor dem die gesichtslose "mechanisierten Gemeinde" steht. (Abb. 2) Die vom Künstler als zukunftsweisender Ausdruck einer neuen Zeit geschaffenen Graphiken werden im Beitext des Bildbandes als Drohbild ausgelegt: "Mit nie geahnter Kühnheit", heißt es dort, "wird in Russland versucht, an dem Urbild des Menschen selbst eine Korrektur vorzunehmen", nämlich an die Stelle des von Gott geschaffenen Individuums die kollektive Masse zu setzen, denn "nur der Mechanismus allein ist verlässlich, einzig der von dem Übel der Seele befreite, durch äußere Interessen mit allen anderen mechanisch verbundene Kollektivmensch ist stark".¹¹ Die Aufzeigung des Kampfes gegen die Religionen - jedoch nur mehr der christlichen, nicht wie in "Sowjetkul-

tur droht!" auch der jüdischen und moslemischen –, wird in einem weitaus schärferen Tonfall als in letzterem angeklagt: Zahlreiche Fotografien zeigen die Zerstörung von Kirchen und Kultgegenständen sowie antireligiöse Spottbilder. Die Bolschewiki werden sogar mit der mittelalterlichen Inquisition verglichen. ¹¹ Das russische Volk wird jedoch eindeutig

entschuldigt und als Opfer der Machenschaften der Regierung dargestellt. Im Text zum Bild einer mit antireligiösen Parolen auf den Transparenten ausgestatteten Kinderschar heißt es, schon die "netten Gesichter" zeigten dem Zuschauer/Zuhörer, dass sie "nicht aus gottloser Überzeugung [...] sondern unter Zwang" handeln.12 Auch bei Fotografien von Gewaltakten gegen Kirchen oder religiöse Gegenstände wird betont, man sähe den handelnden Personen an, wie sie gegen ihren Willen handeln.¹³ Eine Interpretation, die sich beim Betrachten der Fotos ebenso wenig erschließt wie die Sehnsucht der lachenden Traktoristin nach Häuslichkeit und Familie. (Abb. 3) Das letzte Bild vom "Kampf der Sowjets gegen die Kirche Christi" zeigt das Foto einer an sich nicht auffälligen Menschenmenge. Dennoch spricht der Beitext vom "kalten, entseelten Blick", ehe er sich in einer finalen Gewissensfrage an den Zuschauer/Zuhörer wendet: "Wollen wir die Idee des entseelten und mechanisierten Menschen der Masse, der losgelöst ist von aller menschlichen Wirklichkeit?"14 Eine Frage, die am Ende des Bildbandes im Gegensatz zu seiner Einleitung nun nicht etwa mit dem vielleicht erwarteten Schrei nach kriegerischer Vergeltung beantwortet wird, sondern dem "Schrei nach dem lebendigen Gott".

Die Bildbänder spiegeln die seit 1919 aufgelegte antibolschewistische Publizistik wider. Über ihre Resonanz beim Publikum lässt sich nur anhand der Benutzungsspuren sagen, dass "Sowjetkultur droht" sehr oft gezeigt wurde, das allerdings auch einige Jahre jüngere "Kampf der Sowjets" nicht

1 Z.B.: Deutscher Lichtbilddienst, gegründet 1922, eine Unterabteilung der Reichszentrale für Heimatdienst. 2 Die deutsche Publikationslandschaft war evangelisch-lutherisch geprägt; die meisten Bildbandhersteller orientierten sich deutlich konfessionell. Der "Volksverein für das Katholische Deutschland" arbeitete (auch) überkonfessionell. 3 Die SPD hatte 1926 ihren Film- und Lichtbilddienst eingerichtet. 4 Z.B.: Filmoli und Filmosto. 5 www.deutsches-bildbandarchiv.de: BB 542 "Sowjetkultur droht!", Text , S. 7. Ernst Glaeser und F. C. Weiskopf: Der Staat ohne Arbeitslose. Drei Jahre "Fünfjahresplan", Berlin 1931, S. 150. 6 Staat ohne Arbeitslose, S. 62, 64, 103. 7 BB 542, Text, S. 13. 8 BB 542, Text, S. 14. 9 www. deutsches-bildbandarchiv.de, BB 301 "Der Kampf der Sowjets gegen die Kirche Christi", Text, S. 1. 10 BB 301, Text, S. 3. 11 BB 301, Text, S. 13. 12 BB 201, Text, S. 8. Zu diesem Thema Bilder 17-21. 13 "Mit Leidenschaft scheint er das Werk nicht zu tun", BB 301, Text, S. 13 zu Bild 37. "Schweren Herzens muss er dem Befehl stattgeben, wenn er sein Leben retten will", BB 301, Text, S. 13 zu Bild 38. 14 BB 301, Text, S. 15.

Eine russische Revolutionärin in München – Sarah Sonja Lerch (1882-1918)

"Ich bin in sehr schlechter, sehr schwerer Stimmung. Die russische Revolution hat sich auf Gnade und Ungnade ergeben, und da weiß ich, daß alle meine Ideale: Abrüstung und Freiheit, vor allem die Freiheit der Völker - futsch sind. Ich kann dir gar nicht sagen, wie ich leide. Es konnte die Weltbefreiung werden und ist eine grinsende Komödie geworden, ein Mittel zum deutschen Siege über Frankreich. Ich würde Trotzki und Lenin einfach an dem Galgen aufhängen oder ins Irrenhaus sperren. Denn eins von beiden: es sind entweder deutsche Agenten oder Verrückte. Ein Drittes gibt es nicht. Denn während sie eigene Genossen (Plechanow und andere) ins Gefängnis setzen, haben sie sonderbare Milde für die Vertreter der deutschen Militärs, und während sie eigene Liberale mit Kanonen beschießen, fügen sie sich den deutschen Hertlings ... Solche Widersprüche zeugen von Verrücktheit oder Käuflichkeit. Ich leide zu schrecklich darunter."1

So schreibt Weihnachten 1917 eine Frau in München an ihre Freundin in Jena - eine russische Steppenfurie?

Wer ist diese Frau, die Lenin und Trotzki für korrupt oder verrückt hält? Wie kommt sie zu einem so harschen Urteil? Ihre Kritik kommt nicht aus der rechten Ecke: Die Revolution, schreibt sie, hätte die "Weltbefreiung" werden können, sie hat all ihre politischen Hoffnungen in die russische Revolution gesetzt, und nun ist diese nur eine "grinsende Komödie" geworden.

Von Cornelia Naumann

Sarah Sonja Rabinowitz wurde am 3. Mai 1882 in Warschau als fünftes von sechs nachweisbaren Kindern der Cäcilia Rabinowitz geb. Kahan und des Wissenschaftlers und Journalisten Saul Pinchas Rabinowitz, bekannt als "Schefer" Rabinowitz, geboren. Die achtköpfige jüdische Familie lebt seit etwa 1873 in Warschau. Sonja wird in eine politische Familie hinein geboren: Das Jüdische ist in den aufgeklärten Familien Osteuropas weniger Religion als Kultur und Nation ("Volk"), wenn auch die Riten der koscheren Küche eingehalten und die jüdischen Feiertage begangen werden.

Sie geht zum Studium nach Wien und Bern, kehrt aber 1905 nach Russland zurück. In Odessa kämpft sie für den "Bund" 2 für die Revolution, wird aber 1907, wie viele andere, gefangen genommen. Der Verbannung entgehen sie und ihre Familie durch Flucht nach Frankfurt am Main. Später kämpft Sarah Sonja, inzwischen verheiratete Lerch, an der Seite Kurt Eisners für den Weltfrieden und wird wiederum verhaftet.

Cornelia Naumann veröffentlichte gemeinsam mit Günther Gerstenberg erste Dokumente zu Kurt Eisner, Sarah Sonja Lerch und anderen Beteiligten an den Januarstreiks 1918 in "Steckbriefe" (Lich, AV Verlag 2017). In ihrem Vortrag spürt sie der vergessenen Revolutionärin nach, stellt ihre Biografie vor und gibt überraschende Einblicke in die Betrachtungsweise einer russischen Emigrantin zur russischen Revolution.

1 Brief von Sarah Sonja Lerch an Mala Rudolph, Weihnachten 1917, zit. n. Chemnitzer Volksstimme Nr. 91/1918. 2 Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund

Reflektionen der "Oktoberrevolution" 1917 im "Roten Königreich" Sachsen von Sven Brajer

Seit Frühjahr des Jahres 1917 bemerkte das sächsische Innenministerium eine wachsende Unruhe in der Bevölkerung - besonders im Arbeiter_innenmilieu, das im "Roten Königreich" eine vergleichsweise sehr hohe Basis hatte. Gab es 1901 in Sachsen ca. 25.500 sozialdemokratische Mitglieder, verzeichnete das "Rote Königreich" zu Beginn des Ersten Weltkrieges 177.500 "Untertanen", womit im drittgrößten deutschen Bundesstaat 1914 mehr Sozialist_innen vereinigt waren als in Frankreich und Italien zusammen. Die sozialdemokratische Partei in Sachsen war somit die sächsische Partei, entstanden aus der Opposition zum pro-preußischen Wirtschaftsbürgertum und dessen nationalliberaler Partei, welche die "Verpreußung der Verhältnisse" noch bekämpfte, als sich die liberalen und konservativen Partikularisten mit

dem preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat bereits mehr oder weniger arrangiert hatten.¹

Der besonders lange und entbehrungsreiche "Steckrübenwinter" hatte die ohnehin vorhandene Ablehnung des Krieges gesteigert. Aus dieser Notlage folgte ein zunehmender Verdruss über die Hoffnung auf ein rasches Kriegsende sowie Unzufriedenheit in breiten Kreisen gegen die ohnehin ungeliebte Reichsregierung in Berlin, aber auch die Landesregierung in Dresden. Die Februarrevolution in Russland und die bevorstehende Kürzung der Brotrationen im April heizten die Stimmung weiter an. Berichte aus den sächsischen Amtshauptmannschaften über spontane kleinere Streiks und Demonstrationen nahmen kein Ende. Generell stellte das Sächsische Innenministerium für Sachsen in einem Bericht vom 7. April 2017 fest, dass sich unter den Arbeiter_innen eine "gereizte Stimmung" bemerkbar machte und anlässlich der Kürzung der Brotrationen größere Arbeitseinstellungen möglich seien. Die Ursachen dieser gereizten Stimmung erkannten die Behörden in der "Lebensmittelnot und in dem ansteckenden Beispiel der politischen Umwälzung in Rußland. Kommt es zu Streiks, so muß damit gerechnet werden, daß diese nicht in Ruhe verlaufen, sondern [..] in größere Tumulte und Unruhen ausarten werden."2 Beispielhaft kam es in der unmittelbaren Nähe von Dresden, im Plauenschen Grunde,3 in der Nacht zum 1. Mai 1917 zu einer spontanen Demonstration von ca. 150 bis 200 zumeist jungen Arbeiter innen, welche die Internationale sangen. Die an der Spitze des Zuges demonstrierenden elf Personen wurden verhaftet. Während die Polizei die Menge zu zerstreuen versuchte, waren 350 bis 400 Personen vor das Gendarmerie-Wachgebäude gezogen und verlangten die Freilassung der Verhafteten. "Die Menge schrie, sang sozialdemokratische Lieder und johlte. Durch einen Steinwurf wurde von den Wachräumen eine Fensterscheibe zertrümmert. Personen schrieen [sic!]: ,Nieder mit dem Kriege'. ,Gebt uns Brot'. ,Wenn ihr Gestellungsbefehle bekommt, trefft nicht ein". Nach Androhung von Waffengewalt und der Freilassung der festgenommenen und vermeintlichen Rädelsführer zog die Menge nach kurzem Zögern ab. Der überwiegende Teil der Teilnehmer_innen waren Frauen, oft unter 18 Jahren.4

Mitte November 1917 gingen viele Arbeiter beflügelt von der Oktoberrevolution auf die Straße - ähnlich wie in anderen Städten geschah dies in Dresden auch verstärkt um den 18. November. Hier wurden Flugblätter verteilt, in denen es hieß: "Wir wollen protestieren gegen unsere brutale ausnahmegesetzliche Unterdrückung! Wir wollen demonstrieren für den sofortigen allgemeinen Waffenstillstand und einen annexionslosen Frieden! Kein Arbeiter, keine Arbeiterin, kein Sozialist darf dabei fehlen: Heraus aus den Wohnungen! Auf zur Straßendemonstration am Sonntag, dem 25. November." Die Polizei hatte an diesem Tag jedoch verstärkt mobil gemacht. So gelang es, einige auf dem Altmarkt demonstrierende Gruppen von Arbeitern nach kurzer Zeit auseinanderzutreiben. Unter der Losung: "Demokratie, Frieden und Volksrechte" fanden reichsweit Versammlungen der MSPD statt. Die gutausgebildete Arbeiterschaft der Residenzstatt fand sich daher bei einer von etwa 6.000 Genossen besuchten Rede von Philipp Scheidemann am 18. November 1917. Hier hieß es, dass die Sozialdemokraten mit den Bolschewiki die "sozialisitische Auffassung im allgemeinen" teilen würden. Was in Russland jedoch gewaltsam durchgeführt wurde, vollziehe sich in Deutschland auf friedlichem Wege, ein Bruch mit der Burgfriedenspolitik kam für ihn nicht in Frage, sondern der Krieg könne beendet werden, wenn die "Feinde" dazu bereit wären".⁵

In einem Regierungbericht, der im Januar 1918 von Dresden aus dem stellvertretenden Generalstab der Armee in Berlin zuging, hieß es: "Das russische Beispiel der Machterringung durch die Bolschewiki wirkt unter den Massen fanatisierend und könnte diese schließlich zu den größten Unbedachtsamkeiten hinreißen. Wenn die Waffenruhe mit Rußland nicht zum Frieden führt, ist die Enttäuschung unter den Arbeitermassen [..] so groß, daß Schlimmeres zu befürchten ist. Machen Sie sich [..] auf eine große Arbeitsniederlegung Anfang Janaur gefasst." Zahlreiche Exemplare eines Flugblattes der Spartakusgruppe "Hoch der Massenstreik! Auf zum Kampf" wurden nach einem Polizeibericht in Betrieben des Dresdner Stadtgebietes gefunden.⁶ Letztendlich wurde wie in vielen anderen Teilen Deutschlands die Streikbewegung mit Hilfe der Militär- und Polizeibehörden Anfang Februar abgewürgt. Verstärkt ging man auch in Dresden gegen die geringsten Regungen der Arbeiterschaft vor, so wurden exemplarisch im Februar 1918 Heereseinheiten für die Amtshauptmannschaft von Dresden-Neustadt als Unterstützung für die Gendarmerie bereitgestellt. Als Begründung hieß es, dass der Bezirk stark mit Arbeiterschaft durchsetzt sei und eine größere Anzahl kriegswichtiger Betriebe des Schutzes vor Streik bedürften. Weitere revolutionäre Arbeiter, die noch im Februar und März streikten, wurden direkt vom Militär verhaftet.

Anders als in Dresden hatte in Leipzig die USPD seit Anfang April 1917 auf einen Massenstreik hingearbeitet und am 16. des Monats mit dem deutschen Metallarbeiterverband unter der Parole "Brot, Arbeit, Freiheit" zu Arbeitsniederlegungen und Protesten gegen den Krieg aufgerufen. Insgesamt bestreikten fast 30.000 Arbeiter ihre Betriebe und versammelten sich in der Leipziger Innenstadt. Dort forderte der Leipziger USPD-Vorsitzende Richard Lipinski (1867-1936) die Beendigung des Krieges und ein demokratisches Wahlrecht. Zu Beginn der Streikbewegung war eine Deputation gewählt worden, die der Regierung in Berlin u.a. folgende Forderungen der Streikenden überbringen sollte: Erklärung der Regierung zur sofortigen Friedensbereitschaft unter Verzicht auf jede Annexion. Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur. Sofortige Aufhebung aller Schranken des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechtes. Sofortige Aufhebung des schändlichen Arbeitszwangsgesetzes. Die Streikwelle ebbte schließlich ab, als der Bezirksverband der Metallindustriellen auf Anregung der Militärbehörden den Forderungen nach Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung nachgab und dem Protest damit ein gutes Stück seiner sozialen Motivation nahm.7

Die linke Mobilisierung stellte dennoch eine Zäsur für Sachsen dar, denn erstmals ging hier ein Massenstreik als politisches Kampfinstrument in die Geschichte ein. Mitte November 1917 erhielt die Polizei die Nachricht von einer geplanten Kundgebung auf dem Markt, die durch Mitglieder von Spartakusbund und USPD initiiert wurde. Kurz vor Beginn wurde der Rathausplatz von Polizeieinheiten besetzt, die kurzerhand durch Armeeeinheiten verstärkt worden waren. Etwa 500 Arbeiter_innen, die sich nicht einschüchtern ließen, sammelten sich nun auf dem Augustusplatz und demonstrierten an der königlichen Kreishauptmannschaft vorbei.

1 Vgl. Karsten Rudolph, Das "rote Königreich": Die sächsische Sozialdemokratie im Wilhelminischen Deutschland, in: Simone Lässig/Karl Heinrich Pohl (Hrsg.), Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Weimar/Köln/Wien 1997, S. 90-93, Einführend auch James Retallack: Red Saxony. Election Battles and the Spectre of Democracy in Germany, 1860-1918, Oxford 2017, bes. S. 187-229, 600-610. 2 SächsHstADD, Ministerium des Innern, 11071, S. 10. 3 Heute Freital bei Dresden und Umgebung. 4 SächsHstADD, Ministerium des Innern Nr. 11072 Bl. 4-7. 5 Dresdner Volkszeitung Nr. 269, vom 19.11. 1917. 6 SächsHstADD, Ministerium des Innern, 11072, Bl. 178, 248. 7 Vgl. Carsten Schmidt, Zwischen Burgfrieden und Klassenkampf. Sozialpolitik und Kriegsgesellschaft in Dresden 1914-1918, Marburg 2007, S. 274-275, Peter Mertens, Zivil-militärische Zusammenarbeit im Ersten Weltkrieg. Die "Nebenregierungen" der Militärbefehlshaber im Königreich Sachsen, Leipzig 2004, S. 365.

Mitteleuropäische Lebenswege in der Sogwirkung der russischen Revolutionen 1917: Otto Bauer (1881-1938) und Béla Kun (1886-1938) im Dienste der Revolution von Ibolya Murber

"...die Machtergreifung der Bolschewiki in Rußland erweckt die Idee der Revolution zu neuem Leben." (Francois Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. München, 1996. S. 35.)

Mein Vortrag setzt sich zum Ziel, die kurz- und langfristigen Auswirkungen der russischen Revolutionen des Jahres 1917 auf die Lebenswege sozialistischer Politiker in Mitteleuropa zu veranschaulichen. Der Lebensweg von Otto Bauer, führender Theoretiker des Austromarxismus, und jener von Béla Kun, Anführer der ungarischen Räterepublik, modellieren die abweichende Lebensgeschichte eines Sozialdemokraten und eines Kommunisten in Mitteleuropa. Otto Bauer kam 1881 als einziger Sohn eines reichen, großbürgerlichen jüdischen Textilfabrikanten erster Generation in Wien auf die Welt. Kun erblickte die Welt 1886 als ältester Sohn eines jüdischen kleinbürgerlichen Gemeindenotars in einem kleinen Dorf in Siebenbürgen. Beide studierten Jura, Kun brach jedoch sein Studium ab. Ihre Lebenswege vor 1914 und während des Ersten Weltkrieges wiesen zahlreiche Ähnlichkeiten, wie jüdisch-bürgerliche Herkunft, Jurastudium, journalistische Tätigkeit, russische Gefangenschaft, auf. Trotzdem lassen sich auch ihre unterschiedlichen Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte thematisieren. Bauers und Kuns Erwartungs- und Zukunftshorizonte waren abweichend. Während Bauer die Westhälfte des Habsburgerreiches mit Hilfe des Sozialismus reformieren wollte, erstrebte Kun in erster Linie das soziale Elend in der Osthälfte des Reiches im Königreich Ungarn, falls notwendig, auch radikal zu bekämpfen. Beide betrachteten die Sozialdemokratie bzw. den Sozialismus als ihre geistige Heimat. Der Entschluss für den Sozialismus entsprang bei beiden, obwohl sie aus unterschiedlichen kulturell-gesellschaftlichen Milieus stammten, aus derselben Quelle: Es war die Sehnsucht nach Gerechtigkeit und einer sozialeren Gesellschaft. Otto Bauer erlebte als Sohn eines reichen Textilindustriellen den Konflikt, dem Wirtschaftsbürgertum anzugehören und den Kapitalismus zu hassen. Aus kleinbürgerlicher Schicht stammend, war Kun in Klausenburg, der zweitgrößten Stadt des ungarischen Königreichs, mit der Notwendigkeit der Linderung sozialen Elends sowie mit der gesellschaftlich-kulturellen Gärung tagtäglich konfrontiert.

Der entscheidende Wendepunkt in ihren Lebenswegen, wie auch in der Geschichte Mitteleuropas, war das verlustreiche Kriegsende für Österreich und Ungarn. Beide bekleideten die außenpolitische Führung ihrer Heimat 1918-1919, damit verfügten sie über einen beträchtlichen Handlungsspielraum, welcher die Institutionen und die Zukunft Österreichs und Ungarns prägte. Der wichtigste Unterschied in ihrer Politik und Weltanschauung lässt sich bei Bauer als reformistischer, bei Kun als revolutionärer Sozialist auf den Punkt bringen. Beide kehrten zwar aus der russischen Kriegsgefangenschaft 1917 radikalisiert zurück. Aber die Radikalität Bauers ließ sich im Rahmen des Austromarxismus zähmen. Die österreichische Sozialdemokratie beharrte im Sinne des Austromarxismus auf Demokratie und Parlamentarismus, somit auf Einheit der Gesellschaft, und verzichtete auf eine Diktatur des Proletariats über die bürgerlich-bäuerlichen Schichten. Bei Kun führten seine Erfahrungen während der bolschewistischen Machtergreifung in Russland zur Hinwendung zu unerlässlicher Revolution, falls notwendig mit Gewalt. Kun war im Gegensatz zum reformistischen Otto Bauer ein Revolutionär, ein praxisorientierter und durchaus charismatischer Führer nach bolschewistischer Art. Nach seiner Heimkehr im Spätherbst 1918 verfolgte er bewusst und gezielt eine Strategie zum Sturz der bürgerlichen Demokratie. Innerhalb zweier Monate schuf Kun die ungarische kommunistische Partei mit russischer Finanzierung aus dem Nichts und lockte mit bewusst populistischer Propaganda die "Verlierer" der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft. Ihre abweichende theoretische Auffassung fand den praktischen Niederschlag in der Ereignisgeschichte Österreichs und Ungarns im Jahr 1919 mit der Errichtung einer ungarischen Rätediktatur durch Béla Kun und deren österreichischer Abwehr unter maßgebender Mitwirkung von Otto Bauer. Die Lebenswege beider Politiker zeigten in den 1920er und 1930er Jahren parallele Entwicklungen, wie politische Opposition und Exil. Otto Bauers Lebensweg nach 1919 modelliert in vielerlei Hinsicht den Idealtyp eines mitteleuropäischen Sozialdemokraten. Von 1920 bis 1934 befand sich die österreichische sozialdemokratische Partei in Opposition zur bürgerlich-bäuerlichen Bundesregierung. Im Zuge des Februaraufstandes 1934 verließ Bauer Österreich für immer. Er lebte bis 1938 mit seiner Frau in bescheidenen Verhältnissen in der Tschechoslowakei, in der Stadt Brünn, wo er politisch aktiv blieb und weitere theoretische Schriften verfasste. 1938 mussten er und seine Frau als jüdische Emigranten nach Paris umsiedeln, wo er noch im gleichen Sommer starb. Béla Kuns Leben nach dem Zusammenbruch der Räterepublik verkörpert modellhaft den idealtypischen Lebensweg eines Kommunisten der 1920er und 1930er Jahre. Nach seiner Abdankung am 1. August 1919 flüchtete er samt Familie nach Österreich, wo sie Asyl bekamen. Er reiste jedoch mit seiner Familie 1920 in die Sowjetunion weiter. Während der innerparteilichen Säuberungen Stalins wurde er mit zahlreichen anderen mitteleuropäischen Kommunisten verhaftet und vermutlich 1938 hingerichtet. Infolge des sog. Entstalinisierungskurses von Chruschtschow wurde Kun unter anderen 1955 rehabilitiert.

Bauers politisches Erbe ist und war in Österreich umstritten. Wegen seines massiven Einsatzes für einen Anschluss Österreichs an Deutschland in den direkten Nachkriegsjahren fungierte er auch als Sündenbock für die ungünstigen Bedingungen des Friedensvertrages von St. Germain. Für seinen radikalen austromarxistischen Sprachgebrauch und die Zuspitzung des Lagerdenkens innerhalb der österreichischen Gesellschaft wurde ihm oft die volle Verantwortung für die innenpolitischen Konflikte mit der Bundesregierung zugeschoben. Von der linken Seite bekam er Kritik dafür, dass er als Führer des Februaraufstandes 1934 seine Flucht voreilig noch während der Kämpfe ergriff, und dafür, dass er den Anschluss an NS-Deutschland 1938 durchaus bejahte.

In der Zwischenkriegszeit verkörperte Béla Kun die Rolle des kommunistisch-jüdischen Sündenbockes für die Gebietsverluste Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg. In der ersten Phase der kommunistischen Diktatur zwischen 1948 und 1956 war seine Person völlig tabuisiert. Erst nach dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 konnten die ungarischen Zeitungsleser über seine Rehabilitierung lesen. 1959 kehrte seine Frau mit den zwei Kindern aus der Sowjetunion nach Ungarn zurück und sie genossen von nun an ein hohes Ansehen und eine privilegierte Behandlung. Béla Kuns Beurteilung im nationalen Gedächtnis nach 1989 ist dagegen eindeutig negativ, und er nimmt im öffentlichen Diskurs wieder die Sündenbockrolle für die Gebietsverluste ein.

Zur Darstellung der Umbrüche im Russischen Reich 1917 in deutschen und österreichischen Geschichtslehrwerken von Andrea Brait

Bedeutung von Geschichtslehrwerken - Will man herausfinden, welche Bedeutung eine Gesellschaft einem historischen Ereignis beimisst, dann kann man sich unter anderem Geschichtslehrwerke ansehen. Diese basieren auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, zeigen aber ein an Laienpublikum gerichtetes Narrativ und müssen aufgrund des begrenzten zur Verfügung stehenden Platzes notwendigerweise eine Auswahl aus den detailreichen Forschungserkenntnissen treffen. Sie zeigen damit, welche historischen Entwicklungen von einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit einen Platz im Funktionsgedächtnis (Aleida Assmann) bekommen haben. Zumal sie den staatlich normierten Lehrplänen entsprechen müssen, geben sie auch Auskunft über das politische Gedächtnis.

Betrachtet man die zahlreichen wissenschaftlichen Veranstaltungen und Publikationen des Jahres 2017, dann gibt es keinen Zweifel daran, dass die Geschichtswissenschaft den Umbrüchen im Russischen Reich 100 Jahre zuvor enorme Bedeutung beimisst. Insbesondere für die Entwicklung der bipolaren Staatenwelt, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte, gelten sie als Ausgangspunkt. Doch wird dies Schülerinnen und Schülern in Deutschland und Österreich auch so vermittelt?

In Deutschland gibt es für alle 16 Bundesländer eigene Lehrpläne bzw. Curricula, jedoch achten Schulbuchverlage auf Überschneidungen und geben daher oft Bücher heraus, die in mehreren Bundesländern eingesetzt werden können. In den meisten Bundesländern werden die Lehrwerke staatlich zugelassen, jedoch sind die Approbationsverfahren unterschiedlich geregelt. In Österreich werden alle Schulbücher durch das Unterrichtsministerium für das gesamte Bundesgebiet zugelassen, werden auf Schulbuchlisten erfasst und können von den Lehrkräften über die sogenannte "Schulbuchaktion" bestellt werden, womit alle Schülerinnen und Schüler die Bücher kostenlos erhalten und auch behalten können.

In den letzten Jahren waren die Diskussionen um "guten" Geschichtsunterricht insbesondere durch die Kompetenzdebatte geprägt. Gleichzeitig sorgten Studien für Aufregung, die zahlreiche fachliche Fehler in Schulbüchern nachwiesen. Die Wissenschaftsadäquatheit bzw. empirische Triftigkeit von Schulbüchern ist nach wie vor ein wesentlicher Aspekt, trotz aller Bemühungen bei den Schülerinnen und Schülern nachhaltige Kompetenzen zu fördern, also Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften, die über bloßes Wissen hinausgehen. Obwohl dem Geschichtsdidaktiker Bodo von Borries zuzustimmen ist, dass die Lernenden nicht zu kleinen Forscherinnen und Forschern ausgebildet werden sollen, ist doch festzuhalten, dass die in Schulbüchern festgehaltenen Inhalte und Interpretationen oft die einzigen und fast immer die ersten Geschichtsdarstellungen sind, mit denen die Schülerinnen und Schüler konfrontiert werden.

Epochenjahr 1917 - Betrachtet man nun deutsche und österreichische Geschichtslehrwerke, dann findet man zahlreiche Beispiele, in denen den Schülerinnen und Schülern die von der Forschung formulierte Einschätzung, dass das Jahr 1917 ein Epochen- bzw. Wendejahr sei, vermittelt wird. In den meisten Fällen wird dabei eine Verbindung zwischen den Vorgängen im Russischen Reich und dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg hergestellt. Im deutschen Schulbuch Forum Geschichte 4 (Ausgabe Hessen) erfolgt dies beispielweise überaus umfangreich auf insgesamt sechs Seiten. In den österreichischen Oberstufenbüchern GO! Geschichte Oberstufe 6 und Zeitbilder 5&6 wird die Bewertung des Jahres 1917 den Lernenden überlassen. In Buch GO! Geschichte Oberstufe 6 erfolgt dies durch den Arbeitsauftrag "Begründen Sie, warum das Kriegsjahr 1917 als Entscheidungsjahr bezeichnet wird." Als Hilfestellung stehen den Schülerinnen und Schülern eine Karte und eine Zeittafel zum Ersten Weltkrieg zur Verfügung. Eine solche eigenständige Beschäftigung mit der Bedeutung des Jahres 1917 ist aber keineswegs selbstverständlich. Im deutschen Lehrwerk Geschichte und Geschehen Oberstufe werden die Entwicklungen zwar überaus detailliert geschildert, doch finden sich keine Arbeitsaufträge, mithilfe derer die Lernenden sich selbst eine Meinung bilden könnten.

Der Umfang der Darstellung ist in den verschiedenen Lehrwerken sehr unterschiedlich. In manchen Schulbüchern führte der Zwang zur didaktischen Reduktion zu einer verzerrten Darstellung, in der die Behauptungen nicht mit den historischen Abläufen übereinstimmen. Manche dieser Fehler ließen sich ganz leicht ausbessern. So wird beispielsweise im österreichischen Lehrwerk Zeitfenster 4 duo im Kapitel "Die Sowjetunion unter Stalin" behauptet: "Bereits 1917 war Russland unter der Führung Lenins mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk aus dem Ersten Weltkrieg ausgeschieden", wobei es sich wohl entweder um einen Tippfehler bei der Jahreszahl handelt oder der Friedensvertrag mit dem Waffenstillstand verwechselt wurde. Umgekehrt zeigt sich aber auch, dass ein "Auslassen" mancher Details nicht zwangsläufig der empirischen Triftigkeit widerspricht. Dies zeigt etwa die ganz einfache Aussage im österreichischen Buch Bausteine 3: "Nach der Revolution 1917 schloss Russland mit den Mächten einen Friedensvertrag."

Begriff "Oktoberrevolution" - Wohl schwierig zu durchbrechen ist die Weitertradierung von bestimmten Interpretationen: So wird in den meisten Schulbüchern der Begriff "Oktoberrevolution" verwendet, meist unreflektiert, wie beispielsweise im österreichischen Lehrwerk für die Sekundarstufe I Geschichte für alle 4, wo es heißt: "Seit der Oktoberrevolution im Jahre 1917 regierten in Russland die Bolschewisten." Dies ist vor allem deshalb sehr schade, weil die im Lehrplan geforderte "Sachkompetenz" – in Österreich gilt das Kompetenzmodell von FUER [Förderung und Entwicklung von reflektiertem und (selbst-)reflexivem Geschichtsbewusstsein] - auf einen kritischen und exakten Umgang mit Fachbegriffen abzielt. Eine Diskussion der verwendeten Begrifflichkeiten im Hinblick auf die mit Quellen nachweisbaren Prozesse wäre eine gute Gelegenheit zur Schärfung des Revolutionsbegriffs sowie zur Abgrenzung von den Konzepten des Staatsstreichs bzw. des Putsches.

Fazit - Wie bereits viele andere Studien zu anderen Themenkomplexen zeigte sich bei der Analyse der Darstellung der Umbrüche im Russischen Reich 1917, dass sich in Schulbüchern sehr unterschiedlich empirisch triftige Aussagen finden. Dies ist nicht nur ein Auftrag an Schulbuchautorinnen und -autoren

Impressum: Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik Nr. 35. Erscheint im November 2017. Thema: "Tagungsberichte – Die Russische Revolution und ihre Wahrnehmung in Bayern, Deutschland und der Welt". Die Studienreihe wird gefördert durch den Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung – Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bayern, www.kurt-eisner-verein.de, und durch das Forum Linke Kommunalpolitik München e.V. Amtsgericht München VR 202042, E.i.S.: Flink-M e.V. c/o Brigitte Wolf (Vorsitzende), Metzstr. 31. 81667 München, E-Mail: Vorstand@flink-m.de. Redaktion dieser Ausgabe: Stefan Breit, Martin Fochler, Johannes Kakoures, Julia Killet (V.i.S.d.P.), Brigitte Wolf. Sämtliche Ausgaben $der \, Studienreihe \, sind \, auch \, in \, der \, Zeitschriftensammlung \, unter \, \, {\color{blue} www.flink-m.de/studienreihe.0.html} \, zu \, finden. \, {\color{blue} visual content of the content of$

sowie Verlage, sondern auch an die Fachwissenschaft, ihre Expertisen stärker in Lehrwerke für den Schulunterricht einfließen zu lassen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass aufgrund des zur Verfügung stehenden Platzes immer eine Auswahl getroffen werden muss und demnach nicht alle Entwicklungen der Weltgeschichte ausführlich erklärt werden können – es können immer nur Vergangenheitspartikel dargestellt werden. Aus geschichtsdidaktischer Perspektive ist anzumerken, dass in vielen Schulbüchern derzeit Chancen zur Kompetenzförderung verge-

ben werden. Gerade die Entwicklungen in Russland bieten sich zur Förderung von Sachkompetenz entsprechend der Definition von FUER an. Im neuen österreichischen Lehrplan für die Sekundarstufe I wird gefordert: "Politische Umbrüche, die als Revolutionen bezeichnet werden, vergleichen und bewerten" – es bleibt abzuwarten, wie die neuen Schulbücher, die ab dem Schuljahr 2018/19 in den Schulen sein werden, diese Herausforderung meistern und ob dies zu einer veränderten Darstellung der Entwicklungen des Jahres 1917 führt.

1917. Revolution ...

Zwei Sonderausstellungen im Schweizerischen Nationalmuseum und im Deutschen Historischen Museum, Berlin. Von Dr. Kristiane Janeke, 24.7.2017

Im Jahr 2017 jährt sich die russische Revolution zum 100. Mal. Das Schweizerische Nationalmuseum (Zürich, 24.02.2017 – 25.06.2017) sowie das Deutsche Historische Museum (Berlin, 20. Oktober 2017 bis 15. April 2018) erinnerten bzw. erinnern mit je einer Sonderausstellung an dieses historische Ereignis. (Weitere Informationen: www.dhm.de und https://www.nationalmuseum.ch/d/)

Die Ausstellungen in Zürich und Berlin waren und sind in mehrfacher Hinsicht verbunden. Unter anderem treten sie unter einer gemeinsamen Marke an die Öffentlichkeit, die in den Titeln und Publikationen zum Ausdruck kommt. "1917. Revolution. Russland und die Schweiz" – so hieß die in Zürich gezeigte Schau, "1917. Revolution. Russland und Europa" wird diejenige in Berlin heißen. Beide Ausstellungen wurden bzw. werden in je einem Katalog dokumentiert, gemeinsam haben beide Häuser einen Essayband unter dem Titel "1917. Revolution. Russland und die Folgen" herausgegeben.

Beide Museen sind übereingekommen, an die Russische Revolution zu erinnern, weil....

- ... sie ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung war. Sie hat Russland bzw. die Sowjetunion zur Weltmacht gemacht und das gesamte 20. Jahrhundert geprägt. Dies wirkt bis heute in Russland und der umliegenden Region ebenso nach wie in den Strukturen der internationalen Gemeinschaft.
- ... das erste Experiment, einen sozialistischen Staat aufzubauen, europaweit und darüber hinaus nachhaltige Auswirkungen hatte. Der Versuch seitens Russlands, die Weltrevolution auch jenseits der Grenzen Russlands zu entzünden, sowie die Rezeption der Revolution in vielen Ländern der Welt haben deren innere Entwicklung erheblich beeinflusst.
- ... sie ein Schlüsselereignis für das Verständnis des 20. Jahrhunderts ist, nämlich die Geburtsstunde der Gegensätze zwischen Demokratie auf der einen und Diktatur auf der anderen Seite sowie der Polarisierung der Welt in zwei Lager. Durch diese Wirkungsmacht hat sie die Welt verändert, sowohl in politischer Hinsicht als auch durch die Erschaffung einer nachhaltig und tiefgreifend wirksamen Utopie.

Den Abschnitten zur revolutionären Entwicklung liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die Russische Revolution weder ein kontinuierlicher oder absehbarer Prozess war noch konsequent einer unumstrittenen Ideologie folgte. Vielmehr bestand sie aus mehreren, zeitlich versetzten und parallelen, teilweise widersprüchlichen revolutionären Prozessen innerhalb der sozialen Gruppen, gesellschaftlichen Bereiche, Regionen und Nationen sowie einem anschließenden Bürgerkrieg. Zu dieser komplexen Entwicklung kommt eine nachhaltige Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit sowie die Gleichzeitigkeit von Emanzipation und Gewalt hinzu. Der Anspruch auf radikale Erneuerung von Politik und Gesellschaft und die Wirkungsmächtigkeit der damit verbundenen Ideen sind untrennbar

verbunden mit der verheerenden Zerstörung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen. Dieses Spannungsverhältnis findet sich in den Ausstellungen wieder.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass eine einzige Erzählperspektive nicht möglich ist. Angemessen ist also eine Multiperspektivität, aus der erkennbar wird, dass es "die" Revolution nicht gegeben hat. Um den Verlauf der Geschichte dokumentieren zu können, folgen beide Ausstellungen einer Chronologie (Vorgeschichte – Revolution – Folgen), ergänzt um eine "dichte Beschreibung" in Form von gestalterisch erkennbaren Inseln oder Verdichtungen, die Ereignisse, Personen und Themen aufgreifen. Auf diese Weise kann für den Besucher ein, wenngleich auch immer unvollständiges, Gesamtbild entstehen.

Schlüsselexponate sollen, entsprechend gestalterisch erkennbar, eine Orientierung innerhalb des Rundgangs bieten, aber zugleich die Möglichkeit eröffnen, verschiedene Wege durch die Ausstellungsabschnitte zu gehen. Ergänzt wird die räumliche Umsetzung durch einzelne Inszenierungen, Film- und Hörstationen, digitale Fotopräsentationen, Karten sowie eine Medienstation. Die Ausstellungen werden damit im besten Fall zu einem Erkenntnisort, der den Besucher aktiv fordert, sich selbständig verschiedene Zugänge zum Thema zu erschließen. Der zeitliche Rahmen war dabei in Zürich weiter, als er in Berlin sein wird. Während in Zürich der erste Fünf-Jahres-Plan, die Kollektivierung und Industrialisierung bis ca. 1932 thematisiert werden, soll die Berliner Ausstellung nur dort einen Ausblick in die 30er Jahre werfen, wo dies thematisch sinnvoll (wie z.B. in der Kunst, bei den Migrationsbewegungen oder dem Aufstieg des Nationalsozialismus) und für das Verständnis des weiteren Verlaufs der Geschichte des 20. Jahrhunderts nötig ist. Zudem sollen an ausgewählten Stellen Bezüge zur Gegenwart herge-

Neben den Abschnitten zur Geschichte von Revolution und Bürgerkrieg thematisieren beide Ausstellungen je eigene Aspekte. Während die Schweizer Ausstellung die vielseitigen und engen Verflechtungen der Schweiz mit den revolutionären Ereignissen in Russland sowie die bilateralen Beziehungen in den Blick nimmt, liegt in Berlin ein Schwerpunkt auf den Auswirkungen der Revolution und den Reaktionen in Europa. Dabei geht es auch hier darum, die verschiedenen Perzeptionen zu dokumentieren: Die Wirkung der Ereignisse in Russland umfasste die Anziehungskraft der revolutionären Ideen ebenso wie die Angst vor der Verbreitung des Kommunismus. Dies wird anhand von Schlaglichtern auf sechs ausgewählte Länder (Deutschland, Ungarn, Polen, Italien, Frankreich und Großbritannien) sowie die Migrationsbewegungen nach der Revolution präsentiert.

Der Rundgang endet mit unterschiedlichen Interpretationen der Revolution und ausgewählten künstlerischen Positionen. □